

Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

7. Sitzung vom 22. September 2014 von 19.00 bis 20.55 Uhr Casino Wohlen

Vorsitz: Ariane Gregor, Präsidentin

Protokollführung: Michelle Steinauer, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz: **Einwohnerrat**
Mitglieder des Einwohnerrates: 38
Absolutes Mehr: 20
Zweidrittelsmehr: 26

Gemeinderat
Paul Huwiler, Vizeammann
Ruedi Donat, Gemeinderat
Bruno Breitschmid, Gemeinderat
Urs Kuhn, Gemeinderat
Arsène Perroud, Gemeinderat
Markus Gsell, Gemeinderat

Weitere Anwesende
Christoph Weibel, Gemeindeschreiber
Marco Veil, Chef Repol
Urs Spillmann, Leiter Soziale Dienste
Franco Corsiglia, Präsident Schulpflege
Rolf Stadler, Präsident Schulleiterkonferenz
Paul Bitschnau, Schulleiter Bezirksschul

Entschuldigungen
Samuel Keller, FDP
Urs Stäger, SVP
Walter Dubler, Gemeindeammann

Traktanden:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Inpflichtnahme Andreas Eberhart, SVP
3. Wahl von 2 Mitgliedern der Einbürgerungskommission
4. Schulraumplanung – Kenntnisnahme Bericht Machbarkeitsprüfung und Standortevaluation (13024)
5. Bericht und Antrag 13023 Nachtragskredit (NK) I – 2014
6. Antwort zur Anfrage 13021 Massnahmen gegen die Kostensteigerung bei der Sozialhilfe
7. Antwort zur Anfrage 13010 Eishalle und Badi
8. Motion 13011 Auflösung der Entsorgungsstelle Werkhof
9. Motion 13008 Neuregelung der Finanzkompetenzen des Gemeinderates

Gregor Ariane, Präsidentin:

Eingänge

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 23. Juni 2014 zu verzeichnen:

- Einladung zur 7. Einwohnerrats-Sitzung vom 22. September 2014
- Anfrage 13026 betreffend Stellungnahmen des Gemeinderates bei Motionen und Postulaten
- Einladung zur 8. Einwohnerrats-Sitzung vom 13. und 14. Oktober 2014
- Budget 2015 (13025)

Es liegt auf:

- Karte „Gang durch Wohlen“

Mitteilungen

Breitschmid Bruno, Gemeinderat: Aufgrund der prekären Unterbringungssituation von Flüchtlingen werden in der Zivilschutzanlage der Kantonsschule Wohlen ab Mitte Oktober 80 Asylanten untergebracht. Die Anlage befindet sich im Eigentum des Kantons. In Anbetracht der herrschenden Notsituation hat der Gemeinderat der Unterbringung der Asylbewerber zugestimmt. Der Gemeinderat signalisiert damit sein Verständnis für diese Notsituation. Der Gemeinderat erwartet, dass sich auch andere Gemeinden im Kanton solidarisch zeigen und kulant Asylanten bei sich aufnehmen. Die Schweiz verfügt über eine lange Tradition, verfolgten Menschen zu helfen. Mit unserer Zustimmung tragen wir dazu bei, dass diese Tradition auch weitergeführt wird.

Gregor Ariane, Präsidentin: Liest das Amtsgelübde vor.

Andreas Eberhart, SVP, leistet für den Rest der Amtsperiode 2014/2017 das Amtsgelübde gemäss § 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates und ist somit als Nachfolger von Marc Läufer in Pflicht genommen.

Stirnemann, Alex, SP: Wir schlagen Ihnen als Mitglied in die Einbürgerungskommission **Corinne Manimanakis** vor. Sie kennen sie alle durch ihre langjährige Mitarbeit im Einwohnerrat und in verschiedenen Kommissionen. Sie ist sehr motiviert und qualifiziert für diese Aufgabe, deshalb bitte ich Sie, Corinne Manimanakis zu wählen.

Brunner, Edwin, SVP: Wir schlagen Ihnen als Mitglied in die Einbürgerungskommission **Georg Roth** vor. Er ist 1946 geboren und wohnt in Wohlen. Er war im Aussendienst einer Nahrungsmittelfirma tätig bevor er sich selbständig gemacht und achtzehn Jahre das Copy Center in Wohlen geführt hat. Seine Hobbies sind wandern, joggen und jassen. Als Pensionär bringt Georg Roth zwei in unseren Augen wichtige Voraussetzungen mit für diese Kommission: Lebenserfahrung und viel Zeit. Unsere Fraktion bittet Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geben Sie Georg Roth Ihre Stimme und wählen Sie ihn in die Einbürgerungskommission.

Antrag auf offene Abstimmung

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Ersatzwahl als Mitglieder der Einbürgerungskommission

Corinne Manimanakis und Georg Roth werden grossmehrheitlich gewählt.

Gregor Ariane, Präsidentin: Ich gratuliere *Corinne Manimanakis und Georg Roth* herzlich zu dieser Wahl.

Meyer Meinrad, GPK: Die GPK hat sich anlässlich ihrer Sitzung vom 4. September 2014 mit dem Bericht Machbarkeitsprüfung und Standortevaluation betreffend Schulraumplanung auseinandergesetzt.

Paul Huwiler hat in seiner Präsentation auf die Dringlichkeit der Schulraumplanung hingewiesen und das zeitliche Vorgehen erläutert. Der weitere Raumbedarf und der dadurch entstehende Handlungsbedarf wurden aufgezeigt. Die Notwendigkeit eines neuen Bezirksschulhauses, mit Platz für 18 Abteilungen und einer Doppelturnhalle, wurde betont.

Im Bericht findet sich eine detaillierte Übersicht der verschiedenen möglichen Standorte für ein neues Schulhaus. Er zeigt auf, welche Kriterien für die Beurteilung der Standortfrage wichtig sind. Dabei wird viel Wert auf die Nutzung von Synergien gelegt.

Viele Fragen der GPK wurden kompetent beantwortet. Über die Vor- und Nachteile der verschiedenen Standorte wurde intensiv diskutiert. Dabei wurde festgehalten, dass die Kommunikation mit der Bevölkerung verbessert werden muss. Die Bevölkerung sollte den Sinn und die Gründe für eine Standortwahl nachvollziehen können.

Mit dem Bau an der Pilatusstrasse wird das Schulzentrum Halde erweitert und gestärkt. Ein Bau auf dem Merkur-Areal aber bedeutet ein weiteres Schulzentrum. Die Nachteile eines neuen Schulzentrums sind erheblich. Es entstehen höhere Kosten dadurch, dass keine oder wenig Synergien genutzt werden können. Fachräume wie Schulküche, Werkräume, Hauswirtschaftsräume und Schulbibliothek sind im Schulzentrum Halde bereits vorhanden und müssen nicht erst gebaut werden.

Auch die Altersdurchmischung ist in einem Schulhaus wichtig und wird vom Kanton unterstützt. Sie gilt als grosse Bereicherung für die Jugendlichen. Das ist bei einem neuen Schulzentrum ein weiterer Nachteil.

Weiter muss auf dem Merkur-Areal ein Gestaltungsplan realisiert werden. Eine Realisierung in der geforderten Zeit ist praktisch nicht mehr möglich und auf weitere provisorische Lösungen soll, aus Zeit- und Kostengründen, verzichtet werden.

Die Verhandlungen für den Landkauf an der Pilatusstrasse sind im Oktober geplant. Ein Umnutzungsverfahren müsste danach noch eingeleitet werden. Sollten diese Verhandlungen scheitern, wäre auch ein Plan B vorhanden. Die vielen Standortvarianten im Bericht lassen einen gewissen Spielraum zu.

Da die Gemeinde Wohlen nicht über genügend Turnhallen verfügt, insbesondere nicht für alle Vereine, wurde die Frage nach einer Dreifachturnhalle, anstelle einer Zweifachturnhalle, gestellt. Die Kapazitäten einer Zweifachturnhalle reichen für die Schule aus, wurde erklärt. Nur die wirklichen Bedürfnisse der Schule sind im Bericht berücksichtigt worden. Eine politische Durchsetzung einer Dreifachturnhalle, nur für die Vereine, dürfte schwierig werden.

Der Bericht ist fair und transparent abgefasst und zeigt auf, in welche Richtung der Gemeinderat gehen möchte. Es wurden umfassende Abklärungen getätigt, mit Einbezug der früheren Berichte. Es wurden alle Anliegen und Ideen in diesem Bericht aufgeführt.

Die GPK nimmt den Bericht Machbarkeitsprüfung und Standortevaluation 13024 betreffend Schulraumplanung zur Kenntnis.

Huwiler Paul, Vizeammann: Ich bedanke mich beim Sprecher der GPK für die einleitenden Worte.



Das erste Bild stellt absichtlich den ersten Schulraumbericht dar. Es soll zeigen, dass wir darauf aufbauen und bei der Planung vom Groben ins Feine gehen. Die Ausgangslage für die Planung ist der Bericht, den Sie am 27. Mai 2013 hier in diesem Rat zur Kenntnis genommen haben.



Die Machbarkeitsstudie baut auf diesen Erkenntnissen auf, sie will den Raumstandard der dort postuliert wurde umsetzen, sie will Umnutzungen und Umbauten machen, mit möglichst wenig neuen Bauten. Die Gemeinde Wohlen will weiterhin drei Schulzentren ähnlicher Grösse betreiben, selbstverständlich ist Anglikon dem Schulzentrum Bünzmatt angeschlossen. Die Kindergärten und Primarschulen sollen möglichst gleichmässig auf diese Zentren verteilt sein, die Oberstufe soll optimal mit dem Öffentlichen Verkehr erreichbar

sein. Der Ersatz der Provisorien Halde und Oberdorfweg ist ein wichtiges Thema, die Sanierung des Schulzentrums Halde wesentlich, danach werden die Sanierung der Schulzentren Bünzmatt und Junkholz folgen.

Schulraumplanung WohlenGemeinde  Wohlen

Kredit Machbarkeitsprüfung ER am 26.08.2013

Raumbestellung	A) Betriebsplanung - Klassenkapazitäten - Turnhallenkapazitäten
	B) Raumprogramme (definitive Festlegung)
Vorstudien	C) Machbarkeitsüberprüfung - Machbarkeit Geschossflächen/Statik - Standortevaluation: Pilatusstrasse / Merkurareal / Oberdorfweg / Schulzentrum Junkholz / Schulzentrum Bünzmatt / Farn / Schulhaus Anglikon / Bleichi / IBW Platz / Farnbühl Areal / Obstgarten Areal - Bauweise/Investitionsgrössen/Realisierungsmodell - Etappenplanung/Planungskredite
Umsetzung	D) Sofortmassnahmen



Sie haben am 26. August 2013 den Kredit für die Planung zur Verfügung gestellt. Der Auftrag war, die Klassen- und Turnhallenkapazitäten noch einmal zu berechnen, das Raumprogramm festzulegen, die Machbarkeitsprüfung zu erstellen und die möglichen Standorte zu evaluieren. Zu den erwähnten Standorten wurden zusätzlich noch der IBW-Platz, das Areal im Farnbühl und das sogenannte Obstgarten-Areal in die Abklärungen aufgenommen. Der Gemeinderat nimmt sämtliche Wünsche der Einwohnerratsfraktionen auf und berücksichtigt diese entsprechend. Wir orientieren uns an dem, was der Einwohnerrat möchte und in welche Richtung es weitergehen soll.

Schulraumplanung WohlenGemeinde  Wohlen

Fokus Machbarkeitsprüfung

Sofortmassnahmen:
 Miete von 10 Klassenzimmer
bis Sommer 2018 am Oberdorfweg 9

Botschaft:
 Der Zeitdruck ist hoch. Im Sommer 2018 braucht die Schule Wohlen Ersatz für den Oberdorfweg 9




Geprüft wurden die möglichen Bauweisen, die Realisierungsmodelle, die Etappenplanungen und den Punkt Sofortmassnahmen. Mit diesen haben wir angefangen und die bisherige Miete am Oberdorfweg 9 auf insgesamt zehn Klassenzimmer erweitert. Dort mit dabei ist das Schulzentrum Halde mit zehn Klassenzimmern. Der Zeitdruck ist hoch, da der Ge-

meinde dieses Provisorium im Sommer 2018 nicht mehr zur Verfügung stehen wird und folglich diese zehn Zimmer ersetzt sein müssen.

Schulraumplanung Wohlen Gemeinde  Wohlen

Fokus Machbarkeitsprüfung

Kosten:
Bauweise und Realisierungsmodell sind sehr kostenrelevant.

Botschaft:
Keine statisch komplexe Bauart.
Rationelle Architektur analog Systembau Kantonsschule Wohlen.



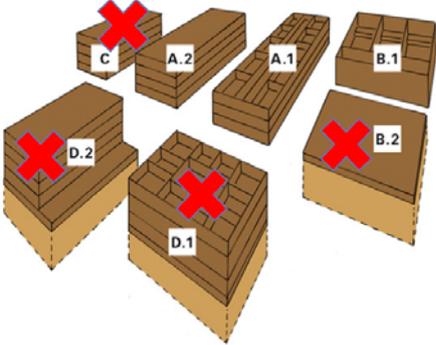
Beim Fokus der Machbarkeitsprüfung sind die Bauweise und das Realisierungsmodell kostenrelevant und deshalb wichtig. Wir dürfen keine statisch komplexe Bauweise wählen, sondern müssen rationale Architektur verwirklichen, analog Systembau der Kantonsschule Wohlen.

Schulraumplanung Wohlen Gemeinde  Wohlen

Fokus Machbarkeitsprüfung

Kosten:
Bauweise und Realisierungsmodell sind sehr kostenrelevant. Günstige Baukuben sind 2-Bünder (A.1+A.2) und ebenerdige Turnhallen (B.1)

Botschaft:
Keine statisch komplexe Bauart.
Rationelle Architektur analog Systembau Kantonsschule Wohlen.



Geprüft wurde auch eine Aufstockung im Schulhaus Junkholz. Bei einer Erhöhung um ein Stockwerk kann lediglich 1'800 m² Raum gewonnen werden. Dies ist nicht ausreichend, da die doppelte Fläche resultieren müsste, was wiederum die Aufstockung um zwei Stockwerke bedeuten würde. Ein fünfstöckiges Schulgebäude halten wir für nicht verträglich mit dem Wohnquartier.

Schulraumplanung Wohlen Gemeinde Wohlen

Fokus Machbarkeitsprüfung

Kosten:
Bauweise und Realisierungsmodell sind sehr kostenrelevant. Neubauvolumen an verschiedenen Standorten (Bsp. Junkholz und Bünzmatt) sind teuer.

Botschaft:
 Keine statisch komplexe Bauart.
 Rationelle Architektur analog Systembau Kantonsschule Wohlen.



Schulraumplanung Wohlen Gemeinde Wohlen

Fokus Machbarkeitsprüfung

Kosten:
 Bauweise und **Realisierungsmodell** sind sehr kostenrelevant. Ohne Provisorien an einem Ort neu bauen.

Botschaft:
 Kostenoptimierung durch Vermeidung von teuren Provisorien.
 Konzentration auf Neubau und anschliessend Sanierungen.



Weiter ist bei der Kostenbetrachtung wichtig, dass möglichst ohne Provisorien gearbeitet wird. Die Idee ist, dass man zuerst einen Neubau erstellt, damit werden für die Sanierungen der bisherigen Schulzentren Kapazitäten geschaffen. Die Synergien gibt es tatsächlich, wir erhalten 1'345 m² Fläche, die gemeinsam genutzt werden können. Die Bezirksschule verfügt dann am bisherigen Standort über rund 800 m² Raum, welcher weiterhin genutzt kann. Wenn man jetzt noch den Luftraum der Turnhalle Halde dazu rechnet, verfügt die Bezirksschule sogar über 1'079 m² Fläche. Eine Raumeinheit wird gemäss Schulgelddekret mit CHF 360'000.00 veranschlagt. Wir gewinnen hier Räume, welche wir nicht zu diesem Preis bauen müssen.

Fokus Machbarkeitsprüfung

Kosten:

Synergien mit dem bestehenden Schulzentrum Halde reduzierten die Kosten für den Neubau. (Pro Einheit rechnet das Schulgelddekret mit CHF 360'000).

Botschaft:

Synergiepotential mit dem Schulzentrum Halde nutzen.

Pos	Seite	Stoek	Beschreibung	m2	Primar	Bez.
1.	S. 87	2.UG	Werken inkl. Material	105		
2.		2.UG	Textiles Werken	80		
3.		1.UG	Textiles Werken	118		
4.		1.UG	Textiles Werken	57		
5.		1.UG	Textiles Werken	80		
6.		1.UG	Musiksaal inkl. Vorbereitung Bewegungs- / Aufenthaltsraum	217		
7.		1.UG	Schulküche mit Nebenräumen	149		
8.	S. 89	EG	Mehrzweckraum unterteilbar (bish. Turnhalle)	410		
9.		EG	Geräteraum	59		
10.		EG	Vorraum zu Mehrzwecksaal (bish. Geräte, Korridor, Gard. LP)	70		
11.	S. 91	1.OG	Luftraum Turnhalle u. Geräteraum kann nutzbar gemacht werden für Klassenzimmer, Aufenthalt, Bibliothek, Studiengänge, ev. Anhebung Dach bei Umbau.	(453)		
Nutzungsverteilung: Annahme Primar 40%, Bez 60%						
Totale Fläche mit Synergienutzung				1345	538	807
Inkl. Luftraum Turnhalle				1798	719	1079



Vorgehensweise Machbarkeitsprüfung

Vorgehensweise:

Die 11 Areale wurden im Zeitraum vom 11.11.2013 bis 07.04.2014 vertieft auf Grund des Kriterienkatalogs untersucht. Nebst den schulbetrieblichen (S 18/19) und den raumplanerischen (S 32/33) Aspekten wurden auch schulpolitische, finanzielle und städtebauliche Argumente in den Entscheid miteinbezogen.

Behandlungen	Behandlungen											Empfehlung zuhanden Gemeinderat	
	Besondere	Diskussion an der Sitzung vom 11.11.2013	Zurückgestellt an der Sitzung vom 11.11.13	Sitzung vom 11.12.2013	Zurückgestellt an der Sitzung vom 11.12.2013	Verteilungsstudien Standorte	Standort für Sitzung vom 2.2.2014	Zurückgestellt an der Sitzung vom 2.2.2014	mögliche Standorte nach Iteration I & II	und 7.4.2014	Konklusion nach Iteration I - IV		
Areale													
Anglikon-Areal													
Bleiche-Areal (Teilprogramm)													Doppeltturnhalle
Blumatt Schulanlage													
Farm-Areal													
IBW-Areal (nur Teilpr.)													
Junkholz Schulanlage													
Merkur-Areal (Teilpr.)													Schulhaus A3
Merkur-Areal (Teilpr.)													
Farmhof-Areal													
Oberdorfweg-Areal (Teilpr.)													Schulhaus A2
Oberdorfweg-Areal (Teilpr.)													
Pilatus-Areal (Teilpr.)													Schulhaus
Pilatus-Areal (Teilpr.)													
Obstgarten-Areal (Teilpr.)													Schulhaus A1
Obstgarten-Areal (Teilpr.)													



Im Zeitraum vom 11. November 2013 bis zum 7. April 2014 wurden 11 Areale abgeklärt. Sie sind aufgrund eines Kriterienkatalogs untersucht und bewertet worden. Nebst den schulischen und raumplanerischen Aspekten sind auch schulpolitische, finanzielle und städtebauliche Argumente in die Entscheidung eingeflossen.

Vorgehensweise Machbarkeitsprüfung

Beispiel Merkurareal:

- Für das 10'980 m² grosse Merkurareal gibt es momentan keine Planung.
- Der behördenverbindliche Masterplan verlangt eine planerische Entwicklung.
- Es besteht eine eigentümerverschuldliche Gestaltungsplanpflicht.
- Mit einem Schulhaus «Merkurareal» gibt es ein viertes Schulzentrum.
- Die Synergien mit dem Schulzentrum entfallen, was das Vorhaben verteuert.
- Der Mehrwert für ein entwickeltes Merkurareal wird vernichtet.



Das Merkur-Areal beispielsweise ist 1'980 m² gross. Mit einer solchen Fläche ist es zu gross als Standort für ein Schulhaus. Das Areal muss entwickelt werden und wird über Zeit an Wert gewinnen.

Vorgehensweise Machbarkeitsprüfung

Beispiel Merkurareal:

- Für das 10'980 m² grosse Merkurareal gibt es momentan keine Planung.
- Der behördenverbindliche Masterplan verlangt eine planerische Entwicklung.
- Es besteht eine eigentümerverschuldliche Gestaltungsplanpflicht.
- Mit einem Schulhaus «Merkurareal» gibt es ein viertes Schulzentrum.
- Die Synergien mit dem Schulzentrum entfallen, was das Vorhaben verteuert.
- Der Mehrwert für ein entwickeltes Merkurareal wird vernichtet.



Die Doppelturnhalle haben wir aus schulischer Sicht abgeleitet. Der neue obligatorische Turnunterricht im Kindergarten führt zu einem erhöhten Hallenbedarf. Wir haben 120 Abteilungen, das sind rund 290 Turnlektionen. Die Hallenbelegung ist mit 30-35 Lektionen pro Woche hoch und ergibt einen Bedarf von total neun Turnhallen. Die Volksschule hat jetzt acht Turnhallen, wenn man die Turnhalle im Halde Schulhaus ersetzt erhalten wir zwei weitere Turnhallen. Eine Dreifachturnhalle können wir mit schulischen Aspekten nicht rechtfertigen. Wenn die Politik aber findet, es solle eine Dreifachturnhalle gebaut werden, was grundsätzlich vernünftig und richtig ist, ist der Gemeinderat offen für dieses Anliegen.

Schulraumplanung Wohlen Gemeinde  Wohlen

Vorgehensweise Machbarkeitsprüfung

Beispiel Doppelturnhalle:

- Neu obligatorischer Turnunterricht im Kindergarten.
- Bedarf bei 120 Abteilungen rund 290 Lektionen.
- Hallenbelegung 30 bis 35 Lektionen ergibt einen Bedarf von 9 Turnhallen.
- Die Volksschule hat 8 Turnhallen.
- Demnach resultiert ein Mehrbedarf von einer resp. beim Ersatz der Haldeturnhalle von zwei Turnhallen.
- Eine neue Dreifachturnhalle kann nicht mit rein schulischen Anforderungen begründet werden.

4.2 Prognose Turnhallen

	Anzahl Klassen	Anzahl Lektionen pro Woche	Anzahl Lektionen
KG / 2H-KG	16 / 1	1	17
L. PS / HK	8 / 6	2	36
Z. - G. PS	87	3	918
GS / PK / BWS	45 / 1 / 1	2	152
MRS (Synergienutzung)	9	3	—
Gesamt	169	—	226

Turnhallen - Bedarf
 Gemäss Prognose der Entwicklung der Abteilungsverhältnisse in der Gemeinde Wohlen (rund 120 Abteilungen) werden an der Volksschule (KG/PS/RSZ) insgesamt Kapazitäten für rund 290 Wochenlektionen Sportunterricht benötigt. Bei einer Hallenbelegung von 30 bis 35 Lektionen pro Woche ergibt dies einen Bedarf von neun Turnhallen. Die Volksschule kann im Bestand acht Turnhallen als Hauptnutzern belegen: Büchermat 1/2/2, Junikhof 1/2/2, Hofmatten 1 und eine kleine Turnhalle in der Halde. Die BEZ nutzt das Turnhalleangebot im Junikhof. Demnach resultiert ein Mehrbedarf von einer Turnhalle resp. beim Ersatz der Haldeturnhalle von zwei Turnhallen.



Wir haben Platz für eine Doppelturnhalle beim Schulhaus Halde und beim Bleichi-Areal. Das muss auch in Abhängigkeit zu den zurückzulegenden Distanzen betrachtet werden. Wenn wir die Turnhalle auf dem Pilatus-Areal realisieren können, passt das gut mit dem Halde Schulzentrum. Wenn wir weiter weg sind, entstehen Probleme für die Primarschüler.

Schulraumplanung Wohlen Gemeinde  Wohlen

Bestvarianten

Unter der Prämisse der Synergienutzung mit dem bestehenden Schulzentrum Halde und ohne ein viertes Schulzentrum zu errichten sind die Areale Pilatusstrasse und Oberdorfweg für ein Schulhaus und das Areal Bleichi für eine Turnhalle am besten geeignet.




Das weitere Vorgehen ist die Verhandlung mit der Eigentümerschaft Pilatusstrasse und Oberdorfweg. Bis Ende November 2014 muss das abgeschlossen sein. Das Obstgarten-Areal steht nicht zur Verfügung für schulische Zwecke. Die Eigentümerschaft der Pilatusstrasse hat uns gesagt, dass sie das Areal verkaufen möchte, sei es an die Gemeinde oder auch an einen privaten Interessenten. Am Oberdorfweg wäre die Eigentümerschaft bereit, das Areal für schulische Zwecke zur Verfügung zu stellen, allerdings nur zur Miete. Dieses Geschäft wird wahrscheinlich bald wieder in den Einwohnerrat eingebracht und hier verhandelt werden. Dem Einwohnerrat wird ein Planungskredit beantragt werden, und eine Zonenplanänderung, falls es das Pilatus-Areal ist. Es wird ein Pflichtenheft für einen Gesamtdienstleistungsanbieter erstellt werden müssen. Wir wollen für den Bau des Schulhaus-

ses an der Pilatusstrasse und die Doppelturnhalle auf dem Bleichi-Areal einen Gesamtdienstleistungsanbieter beauftragen.

Fraktionsmeinungen

Geissmann Armin, FDP-Dorfteil Anglikon: Wir stehen hinter diesem guten Konzept, welches vorgestellt wurde. Wir finden es auch richtig, dass die verschiedenen zur Verfügung stehenden Areale geprüft werden. Ich möchte das Merkur- und das Isler-Areal ausschliessen, diese wollen wir wirtschaftlicher nutzen. Das Pilatus-Areal ist sicher eine gute Option für den Bau eines Schulhauses. Ich danke für den sehr guten Bericht, genau so werden wir miteinander erfolgreich weiterkommen.

Iten Regula, CVP: Wir danken für den Bericht, den wir umfassend und durchdacht finden. Bei der Erarbeitung wurde auf den letzten Bericht eingegangen. Wir finden die ausgearbeiteten Varianten und ihre Priorisierung logisch, wir setzen uns deshalb auch dafür ein, dass die Angelegenheit weiterverfolgt wird.

Wir erachten eine zukunftsorientierte und grosszügige Lösung, welche auch für einen späteren Zeitpunkt noch Optionen offen lässt, für wichtig. Wir verstehen die Forderung nach einer Dreifachturnhalle, die kostengünstig realisierbar und für die Vereine sicherlich nützlich wäre. Sie ist aber nicht Bestandteil der Schulraumplanung, weil die Schule sie nicht braucht. Sie gehört zum Wahlbedarf und muss zusätzlich beantragt und finanziert werden.

Es ist uns wichtig, dass das dringliche Thema Schulraumplanung zügig weiterverfolgt, bearbeitet und bald zu einem befriedigenden Abschluss gebracht wird. Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis und hoffen, dass das Projekt ohne grosse Verzögerungen weitergeht.

Manimanakis Corinne, SP: Wir nehmen die Machbarkeitsprüfung dankend zur Kenntnis. Wir finden, dass Kritik und Ideen aus dem Einwohnerrat sein dürfen, aber wir müssen vorwärts machen. Zum Glück haben wir für dieses komplexe Thema eine gute und breit abgestützte Schulraumplanungskommission.

Es ist gut, dass jetzt mögliche Standorte geprüft wurden. Die SP glaubt daran, dass an der Pilatusstrasse eine gute Lösung entstehen kann. Wir finden den Standort gerade deshalb geeignet, weil Synergien genutzt werden können. Es wäre eine Wertvernichtung, das Merkur-Areal für diesen Zweck zu nutzen.

Wir wünschen dem Gemeinderat gutes Gelingen und Geschick bei den Verhandlungen, auch was die Aufhebung des Werkhofs betrifft. Eine Turnhalle neben den Hofmatten finden wir auch ideal. Was der Rest des Bleichi-Areals noch für ein Potential bietet, lässt sich nur erahnen. Wir nehmen den Bericht dankend zur Kenntnis.

Lehmann Sandra, EVP/GLP: Wir danken allen Beteiligten für den ausführlichen Bericht, den wir intensiv studiert haben. Wir begrüssen die Idee einer rationalen Architektur und die Erstellung eines Neubaus für das Bezirksschulhaus. Für uns sind in diesem Bericht die Seiten 32 und 33 von zentraler Bedeutung. Es zeigt sich sehr übersichtlich, wenn man die raumplanerischen Aspekte betrachtet, dass das Bleichi- und das Bünzmatt-Areal eigentlich Bestvarianten wären, dort ist fast alles grün. Es ist nämlich so, dass sich die beiden Grundstücke im Besitz der Gemeinde befinden und damit kein Land gekauft werden muss. Sie liegen in der Zone für Öffentliche Bauten und Anlagen, und die Platzierung von Schulhaus und Turnhalle wäre auf beiden Grundstücken möglich. Auf dem Bleichi-Areal besteht ein Ensembleschutz, der vom Einwohnerrat letztes Jahr beschlossen wurde. Wir haben in der Diskussion vor einem Jahr darauf hingewiesen, dass man sich eigentlich nichts verbau-

en sollte. Die Errichtung eines Ensembleschutzes ist eine wesentliche Behinderung. Beim Bünzmatt-Areal sieht es aber anders aus. Wir erachten diese Variante als gar nicht schlecht, das Areal liegt bei einem bestehenden Schulzentrum. Die Idee der drei Schulzentren könnte damit auch weitergeführt werden, die Primarschulen wären verteilt, die Oberstufe könnte auf der Sportwiese untergebracht werden. Wir verstehen nicht ganz, wieso der Öffentliche Verkehr nur mit "gelb" bewertet ist, da es nahe ist zum Bahnhof und auch ein Bus dort verkehrt. Wir bitten deshalb den Gemeinderat, bei seinen weiteren Abklärungen, auch diese Möglichkeiten in Betracht zu ziehen.

Der Gemeinderat geht von der Bestvariante Pilatusstrasse aus. Dort muss allerdings das Land zuerst erworben werden, und es wird eine Umzonung notwendig sein. Eine schnelle Realisierung wird so wahrscheinlich nicht stattfinden, und die Synergien sind vielleicht auch nicht ganz so gross, wie es auf den ersten Blick aussieht. Die beiden Schulhäuser sind doch durch die Pilatusstrasse getrennt, auch wenn man sie mit einer Passarelle verbinden will. Die Idee, die Turnhalle einfach als Schulraum zu nutzen, wird Kosten zur Folge haben, weil die Turnhalle dann saniert werden muss, obwohl ein Abbruch vernünftiger wäre.

Wir finden es schade, dass der Standort Bünzmatt nicht weiterverfolgt wurde in der Detailplanung. Klar überzeugt sind wir davon, dass das Merkur-Areal nicht weiter abgeklärt werden sollte. Wir nehmen vom Bericht Kenntnis.

Vogt Roland, SVP/KVP: Es ist ein sehr detaillierter Bericht, der leider nur die Maximal- und nicht auch die Minimallösung in der Schulraumplanung zeigt. Der Bericht bringt mehr oder weniger das hervor, was ursprünglich die Absicht des Gemeinderates war: Ein neues Bezirksschulhaus auf einem fremden Grundstück, wenn möglich an der Pilatusstrasse, mit einer neuen Turnhalle in der näheren Umgebung. Ist dieses Resultat Zufall oder Absicht? Vermutlich beides, jede Evaluation kann, mit abgestimmten Kriterien, zum gewünschten Resultat führen. Wir hätten uns einen Gesamtkostenvergleich gewünscht, das wäre interessant und wichtig gewesen.

Unsere Fraktion steht zur Erweiterung des Schulraums. Es ist wichtig, dass Schülerinnen und Schüler von einer optimalen Infrastruktur profitieren können, und diese auch laufend weiter verbessert wird. Lange Wege sollen vermieden werden. Es braucht aber keine Gruppenräume mit 35 m², 17 bis 18 m² reichen aus. Unsere Gemeinde braucht bis 2018 neuen Schulraum für die Bezirksschule, das ist unbestritten. Die ewige Erweiterung in externen Liegenschaften bringt auf längere Sicht keine Vorteile für die Betroffenen. Für uns ist es nur logisch, dass sich die umliegenden Gemeinden mit den Schulgeldern indirekt an der Finanzierung einer Bezirksschule beteiligen, denn durch die Aufnahme ihrer Bezirksschüler benötigen wir auch mehr Schulraum.

Doch ist der vom Gemeinderat und der Schulraumplanungskommission eingeschlagene Weg wirklich der Richtige? Soll die knappe Zeit in ein Projekt investiert werden, bei dem zusätzliches Land, zu einem ungewissen Preis, gekauft werden muss, um dann Schulraum und Turnhalle an zwei verschiedenen Standorten zu haben? Wir haben unsere Bedenken. Was macht der Gemeinderat, wenn keine Einigkeit beim Kaufpreis erzielt werden kann? Gibt es auch einen Plan B? Was geschieht beispielsweise mit dem bbz, wo aktuell 400 Schüler fehlen? Gibt es dort womöglich bald freien Schulraum?

Der Gemeinderat möchte vorhandene Synergien nutzen, so sollen 700 bis 800 m² Schulraum vom Schulzentrum Halde, von der Bezirksschule genutzt werden können. Das ist sicher die richtige Absicht, doch am Ende bleibt von solchen Synergien oft nicht viel übrig. Aus unserer Sicht wird dem Bleichi-Areal zu wenig Beachtung geschenkt. Die Entsorgungsstelle und der Werkhof werden möglicherweise bald ausgelagert, und für die Aufhebung des Ensembleschutzes gibt es immer Möglichkeiten. Das Areal bietet genügend Platz für

die Unterbringung einer Schule mit Turnhalle. Eine weitere Möglichkeit ist auch das Merkur-Areal, ein idealer Standort, um alles auf eigenem Grund und Boden zu realisieren. Doch die beiden Varianten kommen für den Gemeinderat nicht oder noch nicht in Frage, der das eigene Land nicht dafür verwenden will, oder an diesen Standorten die optimale Lösung nicht sieht. Wir sind gespannt auf das weitere Vorgehen, überzeugt haben uns die Absichten des Gemeinderates aber noch nicht.

Keller Anna, Grüne: Im Mai 2013 hat die Schulraumplanungskommission sämtliche Ideen aufgenommen und alle in Frage kommenden Areale gründlich geprüft. Wir haben nun alle Fakten detailliert vorliegen.

Wir unterstützen die vorgeschlagene Variante Pilatusstrasse, die für uns eine gute und sinnvolle Lösung darstellt. Folgende Punkte haben uns überzeugt:

- Wir erhalten, wie bisher, drei, etwa gleich grosse, Schulzentren
- Alle drei Zentren führen 1. bis 9. Schuljahr, was sozial und pädagogisch sinnvoll ist
- Die Räume für Werken Holz und Werken Textil, die Schulküche mit zwei Räumen und der Mehrzwecksaal bestehen bereits und müssen deshalb nicht neu gebaut werden.
- Die Gemeinde kann weiter über das Merkur-Areal verfügen und es zu einem späteren Zeitpunkt sinnvoll nutzen.
- Das Land an der Pilatusstrasse ist für die Gemeinde in jedem Fall ein Gewinn. Wir geben lieber Geld für Land aus als für teure Provisorien.
- Mit dem neuen Schulhaus erhält die Schule genügend Raum, um die Klassen so zu verschieben, dass die längst fälligen Sanierungen in den Schulzentren Halde, Junkholz und Bünzmatt vorgenommen werden können.

Sollten die Landverhandlungen nicht erfolgreich verlaufen, kann der Gemeinderat Plan B aus der Schublade ziehen und an diesem weiterarbeiten.

Es ist uns wichtig, dass es jetzt vorwärts geht, da die zehn Zimmer am Oberdorfweg ab Sommer 2018 nicht mehr zur Verfügung stehen.

Der Einwohnerrat nimmt den Bericht Machbarkeitsprüfung und Standortevaluation (13024) betreffend Schulraumplanung zur Kenntnis.

Gregor, Ariane, Einwohnerratspräsidentin: Im Vorfeld dieses Geschäftes hat es Unruhen gegeben. Laut Artikel 47 Abs. 2 des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates sind Nachtragskredite der Finanzkommission zuzuordnen. Unter Artikel 24 ist festgehalten, dass nur eine Kommission als Erste das Wort erhält. So fahren wir fort, auch wenn die GPK das Geschäft ebenfalls behandelt hat.

Hoffmann Thomas, FIKO-Präsident: Im Budget 2014 sind CHF 5'000.00 für einen zusätzlichen Büroarbeitsplatz für die Regionalpolizei enthalten. Dieser Arbeitsplatz kann pünktlich auf den 1. Januar 2015 im Büro des Repol Chef Stellvertreters verwirklicht werden. Doch die Repol verfügt nicht über genügend Räumlichkeiten, um effizient arbeiten zu können. Es fehlen Räume für Besprechungen und Einvernahmen. Gerade bei den Einvernahmen muss ein gewisser Persönlichkeitsschutz gewährleistet werden, was heute nicht immer möglich ist.

Mit dem Nachtragskredit von CHF 75'000.00 für eine komplette Neumöblierung der bestehenden Arbeitsplätze, soll ein freundlicheres Arbeitsklima geschaffen werden. Durch die Verkleinerung der Arbeitsfläche pro Arbeitsplatz, soll der Raum offener und luftiger gestaltet werden. Für Malerarbeiten oder neue Bodenbeläge ist kein Betrag vorgesehen. Mit diesem Nachtragskredit werden keine weiteren Räume geschaffen, im Gegenteil, es wird sogar ein möglicher Raum für Einvernahmen aufgehoben.

Die FIKO anerkennt die Raumnot der Repol. Es besteht dringender Handlungsbedarf, damit die Arbeit der Repol effizient und korrekt ausgeführt werden kann. Zumal die Zusammenlegung mit der Kapo eher langfristig realisiert werden wird.

Der vorliegende Nachtragskredit zur Neumöblierung löst aber aus Sicht der FIKO die eigentliche Platz- und Raumproblematik nicht. Es handelt sich lediglich um eine optische Anpassung, es entstehen weder neue Besprechungszimmer noch Möglichkeiten für Einvernahmen, sondern sie werden wie gesagt reduziert. Weiter fehlen die nötigen Mittel für Malerarbeiten und neue Bodenbeläge. Eine optische Auffrischung mit den neuen Büromöbeln greift zu wenig. Die FIKO wünscht sich deshalb einen Bericht und Antrag für eine Lösung der Raumnot und die Erneuerung der Büros. So wie das beispielsweise im Budget 2015 für das Betriebsamt, die Informatikabteilung oder die Schulverwaltung eingestellt ist. Die Mehrheit der FIKO weist deshalb diesen Nachtragskredit zurück und stellt einen Rückweisungsantrag.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Ich bitte Sie im Namen des Gemeinderates, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Der Aufwuchs der Repol wurde 2012 beschlossen. Dieses Programm werden wir bald abschliessen. Es besteht aber das Problem, dass wir in Wohlen vierzehn Personen stationiert haben und wir nicht über genügend Arbeitsplätze verfügen, das heisst, dass die Person, die am 1. Januar 2015 dort zu arbeiten anfängt, keinen Arbeitsplatz haben wird.

Der Gemeinderat und der Kanton, vertreten durch die Immobilienabteilung des Kantons Aargau, haben einen gemeinsamen Standort für Repol und Kapo evaluiert. Dabei handelt es sich um ein umfangreiches Projekt, bei welchem die Kapo und die Repol an einem gemeinsamen Ort stationiert werden sollen. Sie haben den Prozess miterlebt, es wurden verschiedene Standorte überprüft. Man hat sich dann darauf geeinigt, dass das Isler-Areal der richtige Standort dafür ist. Es muss nun aber, durch verschiedene Verzögerungen, in Kauf

genommen werden, dass die Raumproblematik bis 2017 nicht gelöst sein wird, deshalb muss zwischenzeitlich eine andere Lösung gefunden werden.

Der Gemeinderat hat sich Gedanken darüber gemacht, wie das Problem gelöst werden kann. Es gibt zwei mögliche Varianten: Entweder wird der Raum ausgeweitet durch die Anmietung externer Räumlichkeiten oder es wird etwas an das Gemeindehaus angebaut oder ein Container aufgestellt. Wir können aber auch die bestehenden Arbeitsplätze so effizient organisieren, dass wir für alle Mitarbeiter genügend Platz zur Verfügung haben. Für den Gemeinderat ist das richtige Vorgehen völlig klar: Es sollen moderne Büromöbel angeschafft und in den bestehenden Räumen aufgestellt werden. Wenn die Repol später umzieht, kann sie diese in die neuen Räumlichkeiten mitnehmen. Deshalb stellen wir den Antrag für neue Büromöbel, die Anmietung weiterer Räumlichkeiten, würde die Gemeinde mehr Geld kosten.

Wir bitten Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Andernfalls wird der nächste Antrag eine wesentlich teurere Lösung beinhalten. Der Gemeinderat hat einen genauen Plan für die Repol: Die Zusammenlegung mit der Kapo an einem gemeinsamen Ort.

Fraktionsmeinungen

Severa Jan, FDP Dorfteil Anglikon: Unsere Fraktion folgt in grossen Teilen der Argumentation der FIKO. Wir sehen auch, dass Handlungsbedarf besteht. Allerdings finden wir, dass man die Räumlichkeiten auch gleich sanieren sollte, wenn man die Möbel austauscht. Eine nachhaltige Lösung ist es aus unserer Sicht aber nicht.

Wille Franz, CVP: Wir sind mehrheitlich der Meinung, dass wir das Problem jetzt lösen sollten. Die Möblierung ist eine Teillösung eines Problems, das schon länger ansteht. Wir hoffen auf eine intelligente Lösung, beispielsweise auf dem Isler-Areal. Wenn diese Lösung zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich ist, sollten wir keinen einzigen Franken mehr als nötig ausgeben. Wir sind der Meinung, dass wir die Möbel bestellen und damit etwas mehr Luft in den sehr beengten Räumen schaffen sollten, in denen die Polizei ihre gute Arbeit leistet. Wir sind gegen den Rückweisungsantrag.

Keller Anna, Grüne: Wir sind gegen die Rückweisung, weil wir das Problem jetzt lösen wollen. Wir können für diese Möbel Geld ausgeben, das ist die Unterstützung, die wir der Repol heute geben können.

Lanz Christian, SVP: Franz Wille, wir verhindern nichts, wir wollen auch neue Möbel für die Repol. Wenn die Repol in acht oder zehn Jahren auszieht, früher wird es nicht sein, dann sollen die Räume auch noch in einem optimalen Zustand sein.

Die Raumoptimierung, die fehlt, wäre mit etwas Goodwill sicher möglich, und auch der Repol sollen freundliche neue Räume zur Verfügung stehen. Wir sollten jetzt malen und neue Böden verlegen, andernfalls muss die Repol zweimal unter erschwerten Bedingungen arbeiten, was laut Bauverwaltung noch Mehrkosten von CHF 25'000.00 mit sich bringt.

Ich glaube, dass wir Mitglieder des Einwohnerrates der Repol freundlichere Räume wünschen. Deshalb sollten Sie für den Rückweisungsantrag stimmen. Mit geringem Aufwand kann ein neuer Antrag gestellt werden, der auch die Sanierung der Räume beinhaltet, damit alles in einem Arbeitsgang erledigt werden kann.

Suter Stefan, SP: Wieso unterstützt die SVP einen Rückweisungsantrag, statt einen Antrag über CHF 25'000.00 zu stellen? Dann könnten wir dieses Thema heute erledigen.

Perroud Arsène, GR: Ich möchte kurz zur Aussage von Christian Lanz, dass die Repol noch acht bis zehn Jahre in ihren Räumlichkeiten bleiben wird, Stellung nehmen. Das Projektprogramm des Kantons, welches sehr realistisch ist, spricht von einem Bezug im Jahr 2018/2019. Auf diese Grundlage stützen sich die Überlegungen des Gemeinderates. Die Aussage von Christian Lanz ist aus der Luft gegriffen.

Brunner Edwin, SVP: Heute teile ich für ein Mal nicht die Meinung meiner Fraktion. Ich verstehe nicht, weshalb die Raummöblierung mit der Raumnot vermischt wird, das begreife ich nicht. Für mich sind das zwei ganz unterschiedliche Probleme. Wenn man heute Möbel kauft und dann zu einem späteren Zeitpunkt umzieht, kann man diese Möbel mitnehmen. Ich sehe das Problem nicht. Ich kämpfe hier alleine, ich bitte Sie in meinem Namen, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Wir können dem Gemeinderat den Auftrag geben, etwas für die Einvernahmzimmer zu tun.

Abstimmung Rückweisungsantrag

Der Rückweisungsantrag wird mit 14 Ja-Stimmen zu 22 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Fraktionsmeinungen

Sax Simon, EVP/GLP: Wir haben fünf Stichworte:

- Vermisst - Wir haben zu diesem Nachtragskredit eine verständliche Erklärung vermisst.
- Dringlichkeit - Inzwischen ist das dritte Quartal des Jahres 2014 beinahe vorbei, die Frage, die sich hier stellt ist: Wieso jetzt noch ein Nachtragskredit? Wir hatten eben das Budget 2015 auf dem Tisch.
- Erinnerung - Wir haben uns erinnert an die Behandlung des Aufwuchs der Repol, es wurde damals gesagt, es brauche keine neuen Arbeitsplätze.
- Möblierung - wir sind der Meinung, dass die Möbel auch bei einem Umzug wieder verwendet werden können.
- Erstaunen - wieso kann die Repol nicht einige Arbeitsplätze gemeinsam nutzen? Wir sind uns einig, dass Arbeitsplätze auch geteilt werden können. Von den 16 Arbeitsplätzen sind sicher nie mehr als 10 bis 12 Plätze zur selben Zeit besetzt.

Wir werden dem Nachtragskredit zustimmen.

Brunner Edwin, SVP: Wir anerkennen die gute Arbeit der Repol. Nachdem die Rückweisung nicht durchgegangen ist, sagt nun eine kleine Mehrheit der SVP Ja. Wir sind der Ansicht, dass eine gute Arbeitsleistung sehr vom Arbeitsklima abhängt, das auch durch das Arbeitsumfeld beeinflusst wird. Ein Polizist braucht einen eigenen Arbeitsplatz, das wird im gesamten Kanton so gehandhabt. Wieso sollen wir in Wohlen eine Ausnahme machen? Die Repol macht einen guten Job, das Arbeitsklima stimmt. Wenn wir dieses Arbeitsklima nicht weiter fördern und die Möbel ablehnen, könnte es durchaus sein, dass es zu Kündigungen kommen wird. Eine Kündigung kostet die Steuerzahler viel Geld, deshalb liegt es in unserer Verantwortung, das vorhandene gute Arbeitsklima noch zu fördern. Dazu gehört für uns auch die Anschaffung der neuen Möbel.

Burkard Thomas, Grüne: Unsere Fraktion unterstützt das Geschäft des Gemeinderates einstimmig. Wir erachten es als die bestmögliche und kostengünstigste Lösung. Das Raumproblem ist am heutigen Standort nicht zu lösen, das wird erst 2018 möglich sein. Wir sind

der Meinung, dass die Möbel auch bei einem Umzug mitgenommen werden können. Wir finden die Investition sinnvoll, und wir sind es der Repol auch schuldig, ihr anständige Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Es braucht jetzt einfach eine entsprechende Infrastruktur.

Wille Franz, CVP: Wir werden dem Kredit zustimmen, der eine vernünftige Lösung ermöglicht. Ich erwarte vom Gemeinderat, dass er für die anderen offenen Punkte, beispielsweise den Raum für Einvernahmen, pragmatische Lösungen findet. Ich habe in der GPK die Frage gestellt, wo die Nachtragskredite kompensiert werden. Das ist ein übliches Vorgehen von Parlamenten. Es wurde mir gesagt, dass dadurch, dass die Polizei bereits ausgebildete Leute eingestellt hat, Geld eingespart werden konnte.

Suter Stefan, SP: Wir stimmen dem Nachtragskredit zu. Wir sind auch der Meinung, dass es wichtig ist, dass die Repol gut arbeiten kann. Es hat uns allerdings erstaunt, dass dieses Thema in den Einwohnerrat eingebracht wurde, unserer Meinung nach sollte der Gemeinderat die Kompetenz haben, solche Dinge zu organisieren.

Severa Jan, FDP: Wir stimmen dem Nachtragskredit nicht zu. Wir erachten es als nicht nachhaltig, dass einfach die Büros neu möbliert werden, das ist reine Kosmetik.

Einzelvoten

Gallati Jean-Pierre, SVP: Wie wir am Anfang der Sitzung von Gemeinderat Bruno Breitschmid erfahren durften, werden wir bald 80 neue Asylbewerber bekommen. Das ist scheinbar hoch erfreulich und ein Akt der Solidarität mit der Weltgemeinschaft. Im Zusammenhang mit der Möblierung frage ich Gemeinderat Bruno Breitschmid mit wie vielen neuen Stellen man bei der Repol rechnet, dank der Neuzuzüger in unserer Gemeinde? Ich stelle jetzt nicht die Frage, wie viele Sozialarbeiter und Stützunterricht mehr es braucht, wie viel mehr Personal die Abteilung Soziale Dienste benötigen wird. Diese 80 Asylbewerber werden Auswirkungen haben auf die Schule, das Quartier, die Schülerzahlen und auf die Kriminalität. Ich male den Teufel nicht an die Wand, ich werfe nur einen Blick auf die umliegenden Gemeinden. Deshalb die Frage: Wie viele Regionalpolizisten braucht es zusätzlich, als Folge der neuen 80 Asylbewerber?

Perroud Arsène, Gemeinderat: Das Aufwuchskonzept der Regionalpolizei Wohlen hat nicht vorgesehen, dass man wegen Asylsuchenden zusätzliche Stellen schaffen muss. Die Zuständigkeit für die Unterbringung von Asylsuchenden liegt beim Kanton, was Grossrat Jean-Pierre Gallati sicherlich bekannt ist. Ich erlaube mir anzumerken, dass ich den Zusammenhang zwischen der Unterbringung der Asylsuchenden und der Neumöblierung der Repol doch einigermaßen weit hergeholt finde.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Es sei ein Nachtragskredit von total CHF 75'000.00 zu Lasten der Laufenden Rechnung 2014 für die Beschaffung von Büromöbeln und Geräten für die Regionalpolizei Wohlen zu bewilligen.

wird mit 27 Ja-Stimmen zu 10 Nein-Stimmung und 1 Enthaltungen zugestimmt.

Antwort zur Anfrage 13021 Massnahmen gegen die Kostensteigerung bei der Sozialhilfe

Lütolf Harry, CVP: Ich möchte die Gelegenheit nutzen und dem Gemeinderat für die sehr ausführliche Antwort danken. Man hat sich in der Verwaltung die Mühe gemacht, die Fragen genau abzuklären.

Es ist ein brisantes Thema, und seit ich diese Anfrage platziert habe, vergeht praktisch kein Tag in diesem Land, an dem dieses Thema nicht auf den Titelseiten der Zeitungen erscheint. Das Thema beschäftigt die Gemeinden, nicht nur Wohlen, allerdings hat Wohlen eine relativ hohe Sozialhilfebezügerquote. Diese Kosten sind in Wohlen wesentlich, die Tendenz ist steigend.

Man kann den Antworten entnehmen, dass die Sozialen Dienste in Wohlen mit den vorhandenen Ressourcen sorgfältig umgehen und im Wesentlichen die richtigen Massnahmen umsetzen. Gleichwohl hat unsere Fraktion ein paar Punkte identifiziert, bei denen man den Finger noch genauer draufhalten sollte. Es handelt sich, das möchte ich klar festhalten, immer um Massnahmen, die die Gemeinde von sich aus, alleine, in eigener Kompetenz, umsetzen kann. Es geht nicht darum, den Ball nach Aarau weiterzuspielen und auf die Solidarität anderer Gemeinden zu hoffen.

Wir haben drei Bereiche identifiziert, auf die geschaut werden muss:

- Die gemeinnützigen Dienstleistungen der Sozialhilfebezüger
- Die Unterbringung der Nothilfebezüger
- Die Betreuung der anerkannten Flüchtlingen

Zu diesen Punkten wird die CVP demnächst dem Einwohnerrat ein Postulat unterbreiten. Wir werden sehen, was vom Gemeinderat umgesetzt werden wird. Die ausführliche Antwort des Gemeinderates hat uns gezeigt, dass bei den Sozialen Diensten gut gearbeitet wird. Es kümmert auch den Bürger und Steuerzahler, ob mit seinem Geld vernünftig umgegangen wird. Wird Missbrauch bekämpft? Werden Forderungen gestellt? Ich bin mit der Antwort sehr zufrieden.

Meyer Meinrad, CVP: Ich bin zufrieden mit den Antworten. Ich wünsche mir, dass wir auch in dieser Sache weiterkommen und ein Projekt realisieren können. Ich beantrage keine Diskussion.

Geissmann Thomas, FDP: Wir haben hier keinen komplexen Wunsch. Es ist mir wichtig zu erwähnen, dass es keine Abhängigkeit zum Geschäft der Fisher Scientific gibt. Es geht hier nur um die Aufhebung der Entsorgungsstelle. Wir reden hier nicht von einem Umzug oder einer Verschiebung des Werkhofes.

Wir sehen nicht ein, weshalb die Gemeinde Wohlen eine Entsorgungsstelle betreibt, wenn dies gleichzeitig durch einen Privatanbieter sehr gut gemacht wird. Wir stehen immer dafür ein, dass die Gemeinde keine Konkurrenz zu Privatanbietern wird. Diese Situation haben wir aber im Moment. Deshalb bitte ich den Einwohnerrat, dieser Motion zu folgen und sie an den Gemeinderat zu überweisen.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Das Wichtigste vorweg. Der Gemeinderat ist bereit, die eingereichte Motion als Postulat zu übernehmen. Die Begründung für ein Postulat ist die, dass der Gemeinderat 2013 bereits erste Abklärungen bezüglich Aufhebung der Entsorgungsstelle getroffen hat. Es laufen momentan Verhandlungen darüber, wie die Entsorgungsstelle in Zukunft weitergeführt werden soll. In diesem Zusammenhang sollten aber alle Eventualitäten geprüft werden.

Aus Sicht des Gemeinderates ist das Postulat die richtige Form für das Anliegen. Mit diesem werden dem Gemeinderat die Hände nicht gebunden, er ist frei in den Verhandlungen. Eine Motion zwingt den Gemeinderat zu einem Bericht und Antrag und schränkt ihn in den Verhandlungen massiv ein. Der Gemeinderat lehnt die Übernahme als Motion ab, ist aber bereit, den Vorstoss als Postulat zu übernehmen.

Geissmann Thomas, FDP: Ich war sehr gespannt auf die Begründung, weshalb der Gemeinderat die Motion in ein Postulat umwandeln möchte. Ich bin jetzt bestätigt worden in meinen Erwartungen. Es ist ein Unding geworden, dass man als Gemeinderat sofort jede Motion in ein Postulat umwandeln möchte. In diesem Fall macht das sicher keinen Sinn.

Wie ich bereits vorhin gesagt habe, gibt es eine breite Akzeptanz für diese Motion. Wir wollen hier nicht einfach einen Wunsch äussern, wir wollen die Entsorgungsstelle aufheben. Man muss für die Prüfung dieses Anliegens auch keine Doktorarbeit schreiben, es ist ein relativ einfaches Anliegen. In diesem Sinn, wollen wir an der Motion festhalten. Ich bitte den Einwohnerrat, dieser Motion zuzustimmen.

Fraktionsmeinungen

Brunner Edwin, SVP: Ich kann es kurz machen, es soll eine Motion bleiben.

Isler Roger, CVP: Unsere Fraktion ist etwas gespalten bei der Zustimmung zur Motion, ein Postulat würden wir aber unterstützen. Aus meiner persönlichen Sicht ist es wichtig, dass das Thema geklärt und eine Lösung, die für die Gemeinde und die Bevölkerung, also die Kunden, gut ist, gefunden wird. Wenn der Gemeinde weniger Kosten entstehen, ist es erst recht richtig. Wir möchten es als Postulat überweisen, die Motion werden wir nur teilweise überweisen.

Frischknecht Julia, GLP/EVP: Unsere Fraktion würde das Anliegen auch als Motion unterstützen. Wir finden die Idee der Aufhebung der Entsorgungsstelle gut und sind der Meinung, dass der private Anbieter diese Arbeit gut macht. Die Gemeinde muss dazu nichts beitragen.

Suter Stefan, SP: Ich frage die FDP, was geschieht, wenn der Gemeindearbeiter nicht übernommen wird von der Römer AG. Als Postulat würden wir das übernehmen, als Motion haben wir jedoch Bedenken.

Geissmann Thomas, FDP: Wir sind auch für soziale Anliegen, aber in einer freien Marktwirtschaft ist es so, dass, wenn irgendwo kein Bedarf mehr an Mitarbeitern besteht, diese abgebaut werden. Hier ist es aber so, dass das Volumen, das die Gemeinde bis anhin bewältigt hat, verschoben wird zur privaten Firma. Deshalb spreche ich auch nicht von einem Abbau. Die private Firma kann den Mitarbeiter übernehmen, dazu zwingen kann man sie aber nicht.

Burkard Thomas, Grüne: Wir finden diese Motion richtig, wir haben aber Bedenken, dass, wie Gemeinderat Ruedi Donat bereits gesagt hat, der Antrag genau umgesetzt werden muss, in einem Bericht und Antrag. Das engt den Gemeinderat sehr ein, deshalb tendieren wir zu einem Postulat, das mehr Spielraum zulässt.

Es heisst in der Motion, dass die Stellenprozente der Mitarbeiter bei der Gemeinde zwingend reduziert werden müssen. Für mich ist das nicht zwingend so, man geht über die Bücher und schaut das genauer an. Wir werden für das Postulat stimmen, das Anliegen der Motion unterstützen wir aber.

Einzelvoten

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich finde das Votum von Stefan Suter interessant. Es interessiert mich zu erfahren, ob er denkt, dass die Leute, die jetzt im Werkhof arbeiten, mehr verdienen als sie es in der Römer AG oder auf dem freien Markt tun würden? Seine Befürchtung kann man eigentlich nur dann haben, wenn man davon ausgeht, dass die Leute heute zu viel verdienen. Der FDP möchte ich zu dieser Idee gratulieren, es ist ja etwas Selbstverständliches, dass sie umgesetzt wird.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Ich möchte Sie noch einmal darum bitten, dieses Anliegen als Postulat zu überweisen. Wir sind wirklich schon ziemlich weit fortgeschritten in den Verhandlungen. Wenn wir das Anliegen als Motion übernehmen müssen, werden uns die Hände gebunden. Wir möchten hier eine für die Gemeinde möglichst kostenneutrale Lösung erzielen. Die Motion schränkt uns in den Verhandlungen zu sehr ein.

Severa Jan, FDP: Ich sehe das Problem einer Umwandlung in ein Postulat nicht. Wir wollen die Schliessung dieser Entsorgungsstelle erreichen. Ob der Mitarbeiter übernommen wird, ist Sache des Privatanbieters. Wenn es diese Stelle nicht mehr braucht, wird sie abgebaut. Das ist die Privatwirtschaft, wir sind kein sozialer Verein, sondern eine Gemeinde, die auf ihre Finanzen schauen muss.

Lütolf Harry, CVP: Die Stellenprozente müssen mit der Motion zwingend reduziert werden. Der Gemeinderat kann dem privaten Anbieter auch nicht gegenüberreten und sagen, wenn er einen schlechten Preis anbietet, wird die Gemeinde die Entsorgung wieder selbst machen. Mit dieser Motion zwingen wir den Gemeinderat in eine Position, in der er in den Verhandlungen nicht mehr viele Argumente vorbringen kann.

Geissmann Thomas, FDP: Wir haben diesen Satz mit der Reduktion der Stellenprozente ganz bewusst in die Motion geschrieben. Wir haben diese Reaktion erwartet, Thomas Burkard, dass gesagt wird, der Mitarbeiter kann nicht entlassen werden, die Entsorgungsstelle wird aber trotzdem geschlossen. Wenn das geschieht, werde ich augenblicklich die Motion

zurückziehen. Wir verlieren dann die Einnahmen aus den Entsorgungen, haben aber immer noch denselben Personalaufwand wie davor. Das wäre das Dümme, was man tun könnte, und wir wollen das unbedingt vermeiden. Das ist auch der Grund, weshalb wir diesen Satz in die Motion reingenommen haben. Das ist betriebswirtschaftliches Denken, das man in einer Gemeinde an den Tag legen muss.

Wille Franz, CVP: Interessanterweise hat Thomas Geissmann jetzt genau den Beweis gebracht, dass es doch gescheiter wäre, aus der Motion ein Postulat zu machen. Eine Motion lässt sich nicht mehr zurückziehen. Wenn der Einwohnerrat sie überwiesen hat, muss der Gemeinderat handeln. Die Idee auf der Motion zu beharren, ist nicht besonders gut. Bisher hat noch niemand gefragt, was eigentlich der Bürger davon hat. Wie die neue Entsorgungsstelle sein wird, weiss ich bis jetzt nicht, ich weiss nicht, ob ich besser oder schlechter fahren werde. Ich vermute, dass es insgesamt etwas teurer werden wird für den Bürger, weil der Privatanbieter nicht für Gottes Lohn arbeitet. Bis jetzt haben wir in der Gemeindefinanzrechnung in gewissen Bereichen der Entsorgung einen Überschuss verbucht.

Abstimmung

Die Motion 13011 wird mit 20 Ja-Stimmen zu 14 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen überwiesen.

Lütolf Harry, CVP: Ich kenne die Antwort des Gemeinderates auf meine Motion noch nicht, deshalb warte ich ab und werde mich gegebenenfalls nachher noch dazu äussern.

Huwiler Paul, Vizeammann: Ich votiere dafür, dass man diese Motion als Postulat entgegennimmt, da dem Gemeinderat der Text zu eng gefasst ist. Die Gemeindeordnung wird nächstes Jahr zehnjährig und es wäre kein Luxus, wenn man die gesamte Gemeindeordnung einer Überprüfung unterziehen würde. Es gibt Teile darin, die nicht mehr dem übergeordneten Recht entsprechen. Es gibt praktische Gründe dafür, einige Anpassungen vorzunehmen. Wir sind darum bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen.

Lütolf Harry, CVP: Ich bin mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden, zumal ich nicht zwingend eine separate Volksabstimmung provozieren möchte.

Gregor Ariane, Präsidentin: Dieses Traktandum wurde bereits letztes Mal traktandiert. Ich habe nun zwei Rückweisungsanträge vorliegen, einen von der FDP und den anderen von der SVP. Es ging da allerdings noch um eine Motion. Ich frage deshalb die beiden Parteien, ob sie an der Rückweisung festhalten wollen oder nicht.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich stelle im Namen der SVP den Antrag das Postulat abzulehnen. Wenn man jetzt meint, die Umwandlung der Motion in ein Postulat bedeutet das, was der Gemeinderat gesagt hat, dann liegt man falsch. Die Motion verlangt keine Totalrevision, sondern eine punktuelle Revision der Gemeindeordnung. Für die Neuregelung der Finanzkompetenzen muss man sie nicht ändern. Wenn wir die Motion, wie vom Gemeinderat beantragt, als Postulat überweisen, was die CVP offenbar unterstützt, hat der Gemeinderat nicht den Auftrag, eine Totalrevision der Gemeindeordnung vorzubereiten, dem ist nicht so. Es wäre möglich, jetzt noch einen Zusatzantrag zur Motion zu stellen und sie mit dem Zusatz als Postulat zu überweisen. Wir stellen aber den Antrag, dass man das Postulat ablehnt.

Geissmann Thomas, FDP: Wir unterstützen in diesem Fall die SVP. Wir möchten auch nicht, dass ein Postulat überwiesen wird. Wir hegen die grosse Befürchtung, dass das zum Anlass genommen wird, um einige Punkte schnell in eine neue Gemeindeordnung aufzunehmen. Wir sehen das als Freipass dafür, ausserhalb des Budgets, weitere Auslagen zu tätigen. Aus diesem Grund sind wir auch gegen die Überweisung eines Postulates.

Gregor Ariane, Präsidentin: Laut Artikel 37 Abs. 3 findet eine Diskussion nur dann statt, wenn der Gemeinderat den Vorstoss ablehnt, ein Gegenantrag gestellt wird, oder der Einwohnerrat die Diskussion beschliesst. Ich stelle fest, dass, anhand dieser beiden Anträge, die Diskussion beschlossen ist. Ich bitte um Fraktionsmeinungen zu diesem Postulat.

Fraktionsmeinungen

Gallati Jean-Pierre, SVP: Wir lehnen die Motion auch als Postulat ab. Aus folgenden vier Gründen:

Erstens, aufgrund dieses Details muss die Gemeindeordnung nicht geändert werden. Diese stellt die Verfassung der Gemeinde dar. Wenn der Gemeinderat die Totalrevision wegen anderen Details beabsichtigt, hätte er das schon lange anbringen können. Wir hegen die Befürchtung, dass es dem Gemeinderat darum geht, das obligatorische Referendum beim

Voranschlag auszuhebeln und auszuschalten. Das ist ein altes Ziel des Gemeinderates. Wir haben ja noch die schöne Situation, dass wir jedes Jahr obligatorisch abstimmen, sonst müssen wir noch Unterschriften sammeln gegen Steuerfusserhöhungen. Letztendlich müssen wir aber irgendwann auch noch arbeiten, wir können nicht permanent Referenden und Initiativen auf die Beine stellen.

Der zweite Grund ist inhaltlicher Art. Es ist wirklich nicht der Moment, um dem Gemeinderat noch mehr Vertrauen zu schenken, das wollen und können wir nicht, wenn wir auf sein Finanzgebaren in den letzten Jahren zurückschauen. Ich nenne jetzt keine Beispiele, Sie kennen sie alle.

Drittens, wenn es ein Problem ist, kann man es locker über Budgetkredite lösen, indem man einfach eine Budgetposition erstellt für Katastrophen aller Art. Wenn der Gemeinderat in dringenden Fällen handeln und Ausgaben tätigen muss, hat er heute schon die Rechtsgrundlage dafür im kantonalen Recht. Wir haben das erlebt im Zusammenhang mit der Baugrube beim Junkholzschulhaus, die eingestürzt ist.

Viertens, die CVP möchte § 34 Abs. 2, der Gemeindeordnung anpassen. Wir haben jedoch keine Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV). Der Regierungsrat, welcher in der Motion angeführt wird, kann sogar innerhalb der Aufgabenbereiche Ausgaben verschieben, innerhalb eines Limits, wenn er sie woanders kompensiert. Dann müsste man aber die Umstellung auf WoV verlangen, was im Kanton Aargau seit zehn Jahren möglich ist. Aber jetzt innerhalb des Voranschlags CHF 50'000.00 "herum zuschieben" passt nicht in unser System. Aus diesen vier Gründen bitte ich Sie, die Motion abzulehnen.

Gsell Barbara, EVP/GLP: Wir werden das Postulat nicht unterstützen. Wir sind der Meinung, dass es sich um Budgetpositionen handelt, die eigentlich fix sind und nicht einfach ausgebaut werden können. Des Weiteren sind wir der Meinung, dass der Betrag zu hoch ist. Man könnte alternativ einen Posten "Soforthilfe" mit CHF 10'000.00 ins Budget aufnehmen. Das ist aber kein Grund dafür, die ganze Gemeindeordnung zu ändern.

Burkard Thomas, Grüne: Wir sind dafür das Anliegen als Postulat zu überweisen. Wir finden Harry Lütolfs Anliegen prüfenswert, und mit einer Überweisung an den Gemeinderat, kann dies geschehen. Eine Revision der Gemeindeordnung befürworten wir. Wir halten die Absicht des Gemeinderates für ehrlich. Wir verstehen, dass man die Gemeindeordnung gesamthaft prüfen will, weil bei einer Änderung zwingend eine Volksabstimmung stattfinden muss. Es ist damit letztlich sinnvoll, das Anliegen als Postulat zu überweisen.

Einzelvoten

Lütolf Harry, CVP: In diesem Postulat geht es um eine einfache Frage, es geht darum, klare Regeln festzusetzen, für unsere Finanzordnung in Wohlen. Die Vergangenheit hat an diversen Beispielen gezeigt, dass diese Regeln nötig sind. Wenn wir das Postulat nicht überweisen, wird es bei unvorhergesehenen Ausgaben wieder Diskussionen geben, wie es das letzte Mal bei der Spende für die Philippinen der Fall war.

Es gibt diverse Gemeinden im Kanton Aargau, die für die Exekutive Finanzkompetenzen in der Gemeindeordnung festgehalten haben. Der Gemeinderat ist vom Volk gewählt und genießt das Vertrauen des Volkes auch in finanziellen Belangen. Er muss, wenn es nötig ist, schnell und unbürokratisch eine Ausgabe beschliessen können, basierend auf klaren Regeln in der Gemeindeordnung.

Wenn Sie den Text genau gelesen haben, sehen Sie auch, dass die eingesetzten Beträge nur Vorschläge sind. Die Festsetzung der Höhe der Beträge möchte ich dem Einwohnerrat überlassen. Es ist aber nichts als vernünftig, verbindliche Regeln festzulegen.

Hoffmann Thomas, FIKO-Präsident: Diese Regelungen sind eindeutig und klar. Wir haben ein jährliches Budget, für welches der Gemeinderat die Kompetenz hat. Für dringende Ausgaben gibt es § 90 des Gemeindegesetzes. Einmal im Monat haben wir eine Einwohnerratssitzung, dort kann der Gemeinderat Anträge ausserhalb des Budgets stellen. Weitere Regelungen braucht der Gemeinderat aus meiner und aus Sicht der Mehrheit der FIKO nicht. Ich bitte Sie deshalb, das Postulat abzulehnen.

Abstimmung

Das Postulat 13008 Neuregelung der Finanzkompetenzen des Gemeinderates

wird mit 14 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgewiesen.

Gregor Ariane, Präsidentin:

Wir sind am Ende der heutigen Sitzung. Die nächste Sitzung findet am 13. Oktober 2014 um 18.00 Uhr statt.

Die Präsidentin schliesst die Sitzung.

Für das Protokoll



Ariane Gregor, Präsidentin

Michelle Steinauer, Gemeindeschreiber-Stv.